

# [Impressum]

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **20 (1964)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

Uebereinkommen und Empfehlungen umschrieben. So wird z. B. die Gleichheit des Entgelts gefordert in der Präambel der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation selber sowie im Uebereinkommen No. 100 und seiner korrespondierenden Empfehlung. Das Uebereinkommen No. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf — welches auch die Schweiz ratifiziert hat — soll die Gleichheit der Gelegenheiten und der Behandlung in bezug auf Beschäftigung und Beruf fördern, es umfasst also sinngemäss auch die Gleichheit des Entgelts bei gleicher Arbeit.

Bedrückend ist vor allem die im Bericht mehrfach wiederkehrende Feststellung, dass in den meisten Ländern die Mehrzahl der Frauen nach wie vor auf eine relativ kleine Zahl von Beschäftigungen beschränkt bleiben und ihnen nur Arbeiten anvertraut werden, die verhältnismässig geringe Fertigkeiten voraussetzen und mit wenig Verantwortung verbunden sind. Fragt man nach den Gründen dieser gedrückten Stellung der Frauen im Wirtschaftsleben, ergibt sich die Antwort nur zum Teil aus den technischen Problemen, welche die Frauenarbeit belasten. Die weit- aus wichtigsten und am schwersten zu bekämpfenden Gründe scheinen auf psychologischem Gebiet zu liegen. So werden unter den die Frauenarbeit hemmenden Faktoren vor allem erwähnt:

1. die überlieferten Unterscheidungen zwischen Frauenarbeit und Männerarbeit, wobei zu den Frauenarbeiten sehr oft nur einfache, geringgeschätzte und schlecht entlohnte Arbeiten gehören,
2. die ebenfalls traditionsbedingte Auffassung, wonach der Beitrag der Frau zum Wirtschaftsleben sich auf blosser Hilfstätigkeiten beschränke,
3. die Einstellung, dass die Frauen lediglich das ausgleichende Element in der Volkswirtschaft seien und je nach Bedarf in dieselbe hineingeschleust oder daraus ausgeschaltet werden.

Alle diese Auffassungen wirken sich nicht nur als eigentliche Diskriminierungen der arbeitenden Frauen aus, sie belasten auch die berufliche Ausbildung der Mädchen. Denn nach wie vor besteht in vielen Ländern auf Seiten der Eltern, der Arbeitgeber und der Mädchen selber eine Abneigung viel Geld, Zeit und Mühe für die berufliche Ausbildung aufzuwenden. In der Gedankenwelt der Eltern und der von diesen abhängigen Mädchen treten auch heute die Berufsaussichten hinter dem Gedanken an die Heirat zurück. Dieses altmodische Denken lebt hartnäckig weiter trotz der allgemein bekannten Tatsache, dass eine wachsende Zahl berufstätiger Frauen auch nach der Heirat weiter arbeiten oder später in das Berufsleben zurückkehren, sobald die Pflichten als Mutter die Arbeitskraft nicht mehr voll beanspruchen. Die psychologische Einsicht steht also weit hinter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse zurück, die eine Ausbildung für eine dauernde berufliche Laufbahn erfordern. *G. H.*